

INTERGLOBAL

SUDAN

Al-Obeid vor dem Sturm

Peter Laskowski

Die sudanesische Milizen-Koalition „Rapid Support Forces“ belagert mit Hilfe von Drohnenangriffen die von der Armee gehaltene Stadt al-Obeid. Die Versorgung der über 660.000 Menschen dort verschlechtert sich rapide, bei einem Fall der Stadt werden Massaker befürchtet.

Al-Obeid, die Hauptstadt der sudanesischen Provinz Nordkordofan, gehört derzeit zu den gefährlichsten Schauplätzen des Kriegs im Sudan, in dem die Milizen-Koalition der sogenannten „Rapid Support Forces“ (RSF) unter Mohammed Hamdan Dagalo alias Hemedti sich seit April 2023 einen Machtkampf mit den sudanesischen Streitkräften (SAF) unter Armeeführer Abd al-Fattah al-Burhan liefert. Mehrere Berichte deuten darauf hin, dass die RSF im Kampf gegen die SAF ihre Positionen rund um die Stadt ausbauen, Drohnen einsetzen und gezielt Druck auf lebenswichtige Infrastruktur ausüben. Die SAF rüsten al-Obeid gleichzeitig zur Verteidigung auf. In der Stadt leben etwa 560.000 Menschen, hinzu kommen ungefähr 100.000 Binnenvertriebene. Die humanitäre Lage der Zivilbevölkerung verschlechtert sich täglich. Bei einem Fall der Stadt werden schwere Massaker an der Zivilbevölkerung befürchtet, wie sie die RSF im Vorjahr bereits bei der Eroberung al-Fashirs begingen und denen Zehntausende zum Opfer fielen („Massenmord in al-Fashir“; woxx 1861). Internationale Hilfsorganisationen schlagen daher Alarm.

Die RSF belagern al-Obeid, da die Stadt das von den RSF gehaltene Darfur im Westen mit der von den SAF gehaltenen Hauptstadt Khartum und dem Niltal im Osten verbindet. Durch die Stadt führt zudem eine Ölpipeline aus dem seit 2011 unabhängigen Südsudan in Richtung der Hafenstadt Port Sudan, die überwiegend durch SAF-Gebiet verläuft. Somit ist die Stadt als logistischer Knotenpunkt für beide Kriegsparteien strategisch wichtig, vor allem für die Versorgung mit Treibstoff.

Nach Angaben des Nachrichtensportals „Sudan Tribune“ zogen die RSF im Juni Kämpfer, gepanzerte Fahrzeuge und schweres Gerät westlich,

südlich und nördlich von al-Obeid zusammen. Zugleich beschreibt ein Bericht des „Yale Humanitarian Research Lab“, wie die SAF die Stadt befestigt: mit mindestens 14 Kontrollpunkten und einem 51 Kilometer langen System aus Wällen und Schützengräben. Solche Anlagen schützen, lassen aber auch erahnen, dass al-Obeid eine langanhaltende Belagerung bevorsteht.

Der sudanesischer Sender „Radio Dabanga“ berichtet von nahezu täglichen Drohnenangriffen auf die Stadt. Getroffen wurden Tankstellen, Schulen, zivile Gebäude und Bereiche in der Nähe medizinischer Einrichtungen. Acht Schülerinnen wurden verletzt, als Splitter einer Drohne in einer Privatschule einschlugen. Andere Angriffe trafen Tankwagen und verschärften die Treibstoffknappheit weiter. Das UN-Menschenrechtsbüro meldete allein für den Zeitraum vom 6. bis 28. Juni mindestens 15 Drohnenangriffe in und um al-Obeid, die mindestens 45 Zivilist*innen das Leben kosteten.

Die Stadt ist als logistischer Knotenpunkt für beide Kriegsparteien strategisch wichtig, vor allem für die Versorgung mit Treibstoff.

Für die Bevölkerung verschlechtert sich die Versorgungslage rapide. Angriffe auf Kraftwerke, Treibstofflager, Tankstellen und Wasseranlagen führten zu Stromausfällen, Wasserknappheit und steigenden Preisen. Nach Angaben von Radio Dabanga kostete Ende Juni ein Liter Benzin auf dem Schwarzmarkt etwa 40.000 sudanesischer Pfund (umgerechnet etwa 60 Euro), Diesel 20.000 bis 25.000 Pfund



„Die Vereinigten Arabischen Emirate töten die Sudanesen“: Protest gegen Waffenlieferungen des arabischen Landes an die „Rapid Support Forces“ Ende Dezember vergangenen Jahres in Merowe nördlich der sudanesischen Hauptstadt Khartum.

(etwa 40 Euro). Für drei bis vier Laibe Brot wurden 1 000 Pfund verlangt (etwa 1,50 Euro); ein Fass unbehandelten Wassers kostete 25.000 Pfund (etwa 40 Euro), im Sudan ein durchschnittlicher Monatslohn. Hilfsorganisationen warnen vor Mangelernährung und Cholera.

Der Blick nach al-Fashir gibt den Warnungen besonderes Gewicht. Die Stadt fiel im Oktober 2023 nach langer Belagerung an die RSF. Die UN stellte später fest, der Angriff und was ihm folgte hätten Merkmale eines Genozids getragen; allein in den ersten drei Tagen nach dem Fall al-Fashirs hätten die RSF dort mehr als 6.000 Menschen, überwiegend Zivilist*innen, gezielt getötet. Das Yale Humanitarian Research Lab sprach gar von 60.000 bis 70.000 Getöteten innerhalb weniger Wochen. Das könnte sich im Fall einer Einnahme al-Obeids wiederholen: Einkesselung, Drohnenangriffe, geschwächte Versorgung, internationale Appelle und am Ende Massaker an Zivilisten.

Die internationalen Reaktionen sind deutlich, reichen aber bislang kaum über Appelle hinaus. Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrats warnen am 20. Juni vor Massenverbrechen und forderten die RSF auf, ihren Angriff auf al-Obeid zu beenden; eine Resolution wurde jedoch nicht verabschiedet. Ein Entwurf für eine Resolution des UN-Menschenrechtsrats fordert dringende Ermittlungen zu Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit. Der Entwurf verurteilt zudem Aushungern als Kriegsmethode sowie Angriffe auf humanitäre Helfer und zivile Infrastruktur.

Politisch bleibt der Krieg festgefahren. Die RSF stellen eine Einnahme al-Obeids als reguläre militärische Operation dar und weisen Vorwürfe zurück, sie seien auf Gräueltaten aus. Die SAF lehnen einen bedingungslosen

Waffenstillstand ab und hoffen weiter auf einen militärischen Sieg.

Ausländische Einmischung begünstigt, dass die Positionen der Kriegsparteien so unverrückbar sind. Mehrere Berichte verweisen auf externe Waffenlieferungen: Die Vereinigten Arabischen Emirate unterstützen die RSF, bestreiten das aber; die Türkei, Russland und der Iran liefern oder verkaufen Waffen an das sudanesischen Militär. Der Analyst und ehemalige US-Diplomat David Shinn betont, dass weder RSF noch SAF moderne Drohnen selbst herstellen und diese daher nur aus dem Ausland erhalten könnten.

Die bedrohliche Lage in al-Obeid zeigt, wie militärische Strategie, humanitäre Not, blockierte Diplomatie und ausländische Interessen ineinandergreifen. Die Katastrophe beginnt nicht erst, wenn al-Obeid fällt.

Aus den Massenverbrechen in al-Fashir müsste die Lehre eindeutig sein: Warnungen dürfen nicht erst ernst genommen werden, wenn die Massaker bereits im Gang sind. Al-Obeid braucht einen sicheren Zugang für humanitäre Hilfe und Schutz für die zivile Infrastruktur. Allgemein müsste Druck auf Waffenlieferanten ausgeübt, glaubwürdige Ermittlungen müssten aufgenommen werden. Zudem bräuchte es einen politischen Prozess, der nicht allein vom Gutdünken der beiden Kriegsparteien abhängt.

Peter Laskowski ist freier Autor und lebt in Tübingen.

FOTO: EPA/STRINGER